



SGBCISL

Nr. 18/2011

12.12.11

Poste Italiane SpA
- Spedizione in Abbonamento Postale
- 70% NE/BZ

Contiene I.R.

SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Aktuelles aus dem Südtiroler Gewerkschaftsbund SGBCISL

- **IRPEF-Zuschlag**
Für ein gerechteres Modell
- **Aktionen**
Gegen teure Politik und Tarife
im Personennahverkehr





● **Kosten der Politik**

Seite 4



● **Steuern**

Seite 5



● **Renten**

Seite 13

Inhalt

- 3 Leitartikel**
Das große Spiel ist vorbei
- 4 Politik**
Vertretbare und transparente Bezüge
- 5 IRPEF-Zuschlag**
Besserverdiener bevorzugt
- 6 Streitfall**
Ein verhängnisvolles System
- 7 Handel**
Öffnung an Sonn- und Feiertagen:
Ausnahme darf nicht zur Regel werden
- 8 BÜKV**
Wenig, aber das Bestmögliche erreicht
- 9 Standpunkt**
Demokratie auf der Verliererspur
- 10 Aus den Bezirken**
Verstärkung für Mals
- 11 Delegiertentagung des Bezirks Eisack/Rienz**
- 12 Organisation**
SGBCISL-Mitarbeiterseminar
- 13 Für- und Vorsorge**
Neuerungen im Rentenbereich
- 14 Gewerkschaft**
Fair geht vor
- 15 Kultur & Freizeit**
Was das Jahr 2012 bieten wird!
- 16 Zu guter letzt**
Solidarität für...

Impressum

SOLIDARIETÀ SOLIDARITÀ

Zeitschrift des SGBCISL
Siemensstraße 23
39100 Bozen
Tel. 0471 568 401
Fax 0471 568 403
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht
Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977

Presserechtlich verantwortlich:

Florian Kronbichler

Druck: Tip. Alto Adige, Bozen

Bildnachweise:

Titelbild

©toolclickit – Fotolia.com

Seite 7

@cammer – Fotolia.com

Seite 13

@lasedesignen – Fotolia.com

Redaktion:

Michele Buonerba, Erich Sparer,
Tila Mair, Daniela Bernardi,
Manfred Gamper, Walter Gasser,
Maurizio Cultraro, Armin Pircher
(Koordination)

Kontakt:

armin.pircher@sgbcisl.it
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen
Tel. 0471 568 402



Erich Sparer
Generalsekretär des SGBC/SL

Das große Spiel ist vorbei

Der Mann, der als Entertainer angefangen hat und auch als schwerreicher Baulöwe und Medienzar doch immer ein egomanischer Alleinunterhalter geblieben ist, hat das Spielfeld verlassen. Seine Ära hat fast zwei Jahrzehnte gedauert, und in dieser langen Zeit hat er, obwohl im Ausland als Politclown ausgelacht, dem ganzen Land seinen Stempel aufgedrückt. Ständig mit den Gesetzen in Konflikt und mit einem Bein im Gefängnis hat er seine Politik ganz auf seine persönlichen Bedürfnisse ausgerichtet: Über die von ihm selbst für sich selbst erfundene Partei ließ er vor allem Gesetze zu seinem eigenen Vorteil verabschieden, von der Bevorzugung seiner eigenen Unternehmen über die Abschaffung von Steuern aller Art bis hin zum Schutz vor den bösen Richtern.

Und gleichzeitig hat er es verstanden, eine Illusion aufzubauen, die in der Botschaft der Shows und Serien seiner Fernsehsender liegt: Macht euch keine Sorgen, ich bin für euch da, jeder kann sein Glück finden, ich habe ihn auch verwirklicht, den italienischen Traum, du musst nur hübsch sein und die richtigen Leute kennen, schaut doch nur meine Ministerinnen an...

Damit und mit Hilfe eines zu Recht als „Schweineerei“ bezeichneten Wahlsystems hat er es geschafft, von den blauäugigen Wählern dreimal den Regierungsauftrag zu erhalten. Und hat getreu seiner Linie versucht, die Illusion vom reichen Italien aufrechtzuerhalten, obwohl der Staat bereits seit einiger Zeit an den Rand des Ruins gewirtschaftet war.

Bis die internationalen Schiedsrichter das Spiel abgepfiffen und die Mannschaft nach einer viel zu langen Nachspielzeit nach Hause geschickt haben. Nun drängeln sich Minister und Staatssekretäre zu Dutzenden auf der Reservebank und hoffen auf neuerlichen Einsatz. Wir wünschen uns natürlich, dass

der neue Kapitän Monti imstande ist, seine guten Vorsätze umzusetzen: Gerechte, sozial verträgliche Maßnahmen, welche die Krise überwinden, die Wirtschaft ankurbeln und die Schulden abbauen sollen. Damit Italien aus der schweren Krise herauskommt und wieder in der 1. Liga spielen kann. Höhere Mehrwertsteuersätze gehen schon in Ordnung, wenn zugleich die Einkommenssteuer auf lohnabhängige Arbeit merklich reduziert und die Steuerhinterziehung wirksam bekämpft wird. Die IMU-Steuer auch auf die Erstwohnung ist erträglich, wenn die Familien endlich ernsthaft gefördert werden und zugleich eine angemessene Besteuerung der großen Vermögen und Besitztümer vorgenommen wird. Über Pensionen und Arbeitsrecht kann man diskutieren, wenn neue, sichere und stabile Arbeitsplätze geschaffen werden und wieder in Bildung und Ausbildung investiert wird.

Was nicht passieren darf:

Die Pensionskassen dürfen nicht als Sparschwein des Staates missbraucht werden, um Löcher zu stopfen. Änderungen müssen unbedingt graduell eingeführt werden.

Die sicher notwendigen Opfer dürfen nicht wieder nur den üblichen „kleinen“ Leuten aufgebürdet werden, während diejenigen, welche viel verdienen und viel besitzen, weiterhin nichts oder kaum etwas beitragen.

Die Techniker-Regierung, die keinen Wählern Rechenschaft schuldig ist und sich keinen Lobby-Interessen beugen muss, hat die einmalige Chance, endlich jene zur Kasse zu bitten, welche die Misere wirklich verschuldet haben.

Wie sie diese Chance wahrnimmt, daran werden wir die Regierung Monti messen. Und ihr, wenn nötig, die rote Karte zeigen.

Erich Sparer

Redaktionelle Beilagen

Dieser Ausgabe der Solidarität liegt wieder der SGBC/SL-Taschenkalender für 2012 bei. Wir hoffen, dass der handliche Kalender euch das ganze Jahr hindurch gute Dienste leistet.

Wer in die Baugewerkschaft eingeschrieben ist, bekommt ein zusätzliches redaktionelles Insert zugeschickt: die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Bau-Holz.

KOSTEN DER POLITIK

Vertretbare und transparente Bezüge

Transparenz, Mäßigung und Verantwortung. Mit diesen drei Schlagwörtern sind die Gewerkschaftsbünde des Trentino und Südtirols am 12. November auf den Landhausplatz gezogen, um die tagenden Regionalratsabgeordneten zur Reduzierung ihrer Bezüge zu bewegen.

Demokratie sei viel wert und dürfe etwas kosten, auch Politiker sollten angemessen verdienen, um unabhängig arbeiten zu können. Die Politik koste derzeit aber viel zu viel, auf gesamtstaatlicher Ebene wie auch auf lokaler Ebene. Die Politiker sollten gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen sie der Bevölkerung einschneidende Sparmaßnahmen abverlangen, mit gutem Beispiel vorangehen und ihre überzogenen Bezüge kürzen und transparenter gestalten, so die Vertreter der Gewerkschaften in ihren Ansprachen.

Die Abgeordneten wurden aufgerufen, bis Ende des Jahres einen konkreten Schritt in Richtung Re-



Rund 250 Kundgebungsteilnehmer versammelten sich vor dem Landtag, um die Abgeordneten zur Reduzierung ihrer Bezüge aufzurufen

duzierung ihrer Bezüge zu setzen, andernfalls kündigten die Gewerk-

schaften weitere Protestmaßnahmen an.

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Gegen die sprunghafte Tarifierhebung

Auf die Berufspendler in Südtirol kommen deutliche Mehrkosten zu. Das neue Tarifsysteem, das im Februar 2012 in Kraft tritt, bringt eine starke Anhebung der Preise. Die Teuerung macht z.B. für Pendler, die täglich eine Strecke zwischen 50 und 100 Kilometer zurücklegen, zwischen 80 und 100% aus! Dazu zählen Strecken wie Sarnthein-Bozen, Meran-Bozen, Schlanders-Meran, Brixen-Bruneck oder Brixen-Bozen. Diese Pendler müssen jährlich zwischen 200 bis 300 Euro mehr für ihren Weg zur Arbeit berappen. Gegen diese starke Preissteigerung haben die Gewerkschaften mehrfach interveniert. Am 6. Dezember sind in mehreren Bahnhöfen Flugblätter verteilt worden, um die Pendler zu sensibilisieren und auf die gewerkschaftlichen Forderungen hinzuweisen.

So soll der Tarif pro gefahrenen Kilometer gesenkt und die billigeren Tarifklassen früher erreicht werden. Zudem sollte das ABO+ auch für Jugendliche bis 26 Jahre ausgegeben werden. Weiters soll der Fahrtkostenzuschuss für Berufspendler angehoben werden. Der gelungenen Flugblattaktion sollen weitere Initiativen folgen.



Letzte Meldung

In Rom arbeitet die neue Regierung an einem neuen Sparplan. Die Gewerkschaften haben gegen die soziale Unausgewogenheit bereits erste Protestmaßnahmen gesetzt. Wir werden unsere Mitglieder auf dem Laufenden halten, auch was jene Themen betrifft, die wir in dieser Ausgabe behandelt haben, etwa Steuern und Pensionen.

IRPEF-ZUSCHLAG

Besserverdiener bevorzugt

Mehr Steuersenkungen für Bezieher von höheren Einkommen und weniger für jene, die niedrigere Einkommen und sogar mehr zu Lasten lebende Kinder haben. Dies ist, auf den Punkt gebracht, die Hauptkritik des SGBC/SL am Modell, mit dem die Landespolitik im Jahr 2012 die Steuersenkungen auf den IRPEF-Zuschlag gewähren wird.

Ein Beispiel: Mit drei Kindern und einem Einkommen von 22.000 Euro steht ein maximaler Absetzbetrag von 198 Euro zu, bei einem Einkommen von 70.000 Euro mit drei Kindern stehen aber 630 Euro zu. Dies bedeutet, dass der Bedürftigere weniger als ein Drittel Unterstützung bekommt im Vergleich zu jemandem, der mehr als das drei Mal soviel Einkommen erzielt.

Diese soziale Unausgewogenheit entsteht, weil es sich bei den „252 Euro pro Kind“ nicht um eine direkte Zuwendung, sondern um einen Steuerabsetzbetrag handelt. Der Steuervorteil ist mit der Befreiung von der Steuer aufgebraucht. Wer also ein Einkommen von 22.000 hat, und folglich 198 Euro an IRPEF-Zuschlag schuldet (dieser beträgt 0,9% des Einkommens), kann nur ebendiese 198 Euro absetzen, auch wenn er zwei oder drei oder noch mehr Kinder hat. Einen höheren Betrag absetzen kann nur, wer eine höhere Steuerschuld, und somit mehr Einkommen hat.

Immerhin ist es den Gewerkschaften gelungen, eine Einkommenshöchstgrenze durchzusetzen. Diese

liegt bei 70.000 Euro. Positiv ist auch, dass im Vergleich zur diesjährigen Regelung im nächsten Jahr deutlich mehr Geldmittel für diese lokale Steuersenkung zweckgebunden werden. Waren es heuer noch 8 Millionen, werden es im nächsten Jahr 20 Millionen Euro sein.

Der SGBC/SL setzt sich in diesem Zusammenhang ein für:

- ein sozial gerechteres Befreiungsmodell, das die niedrigen/mittleren Einkommensbezieher gegenüber den Besserverdienenden bevorzugt;
- die Anhebung der Einkommensschwelle für das Anrecht auf Befreiung, die 2012 bei 15.000 Euro im Jahr liegen soll;
- jährlich mehr Geldmittel für diese steuerliche Entlastung (das Land verzichtet bei der IRAP-Steuer zugunsten der Betriebe auf deutlich mehr Geld);
- eine gezielte Unterstützung der Familien durch die Aufstockung des regionalen Familiengeldes, das nach Bedürftigkeit gewährt wird (je geringer das Einkommen und je mehr Kinder desto höher der Zuschuss).

UNSER VORSCHLAG

Steuerfreier Sockelbetrag ist gerechter

Denkbar ist die Einführung einer so genannten free tax area, d.h. eines steuerfreien Sockelbetrags für alle. Dieser sollte so hoch wie möglich angesetzt sein.

Läge dieser beispielsweise bei 20.000 Euro, hieße dies konkret:

- alle, die ein Einkommen unter 20.000 Euro haben, sind befreit;
- alle, die mehr als 20.000 Euro verdienen, zahlen den 0,9%igen Zuschlag nur mehr auf die Einkommensdifferenz (d.h. wer 30.000 Euro verdient, zahlt den Zuschlag auf 10.000 Euro Restbetrag).

Der Vorteil an einem steuerfreien Sockelbetrag ist, dass die niedrigen Einkommen ganz entlastet werden.

Die Durchschnittsverdiener zahlen deutlich weniger. Bei einem Einkommen von 22.000 Euro wären 18 Euro statt 198 Euro IRPEF-Zuschlag fällig.

Großverdiener würden den Zuschlag trotz des steuerfreien Sockelbetrags immer noch auf den größten Anteil ihres Einkommens zahlen. Das Prinzip, mehr Steuern bei höherem Einkommen, bliebe aufrecht.



STREITFALL

Ein verhängnisvolles System

Auch bei den privaten Paketzustelldiensten wird der Konkurrenzkampf über niedrige Preise geführt. Dieser Wettbewerb wird vielfach immer rücksichtsloser auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen, die in der „Hierarchie“ ganz unten stehen. Immer häufiger wenden sich Arbeitnehmer an uns, die untragbaren Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind.

Große Unternehmen lagern das Risiko, den Termindruck und die Kosteneinsparungen aus, indem sie Einzelpersonen eine Zusammenarbeit anbieten und sie mit der Auslieferung beauftragen. Sie bieten dabei schmackhafte Verdienstmöglichkeiten. So wird pro übernommenen Ausfahrer ein Fixbetrag geboten, der verlockend hoch erscheint. Was am Ende des Monats abzüglich der Kosten übrigbleibt, steht dem Einzelunternehmer als Verdienst zu.

Die Einzelunternehmer lassen sich vom hohen Fixbetrag blenden und sind sich der anfallenden Kosten, des hohen Risikos und der Verantwortung nicht bewusst. Ein Haken daran ist zum Beispiel, dass dem Einzelunternehmer bei Nicht-Zustellung oder verspäteter Zustellung zusätzliche Abzüge angelastet werden. Jedes verspätet gelieferte oder unauffindbare Paket verringert den Verdienst. Zudem muss der Einzelunternehmer vom Fixbetrag bereits die Lohnkosten der Ausfahrer und sämtliche Ausgaben für den Lieferwagen und deren Instandhaltung selbst bezahlen: Leihgebühr, Benzin, Wartung, und sogar eventuelle Reparaturen. Diese Kosten sind im Voraus schwer abschätzbar. Sobald die Einzelunternehmer mit den vorgegebenen Geldmitteln nicht mehr auskommen, sehen sie nur noch einen Ausweg, um die Auslieferungen weiterhin zu garantieren: sie sparen bei den Lohnkosten und der Sicherheit der Fahrzeuge, also auf Kosten der Arbeitnehmer.

Wir hatten Fälle von Ausfahrern, die mit Teilzeitverträgen bzw. mit Arbeit auf Abruf beschäftigt waren, obwohl sie Vollzeit arbeiteten, oder solche, die immer wieder vorübergehend abgemeldet wurden, obwohl sie durchgearbeitet haben.



Bei den Paketzustelldiensten sind der Kosten- und Zeitdruck groß. Die Gewerkschaft schreit ein, wenn Arbeitnehmerrechte auf der Strecke bleiben.

Die fälligen Sozialabgaben und Steuern werden auch oft umgangen, indem die Entlohnung für die Ausfahrer teilweise in Form von Spesenvergütung ausbezahlt wird. Den Fahrern fällt dies oft gar nicht auf, weil die Lohnstreifen selten ausgehändigt werden und insgesamt ein durchaus glaubwürdiger Nettolohn überwiesen wird. Gespart wird nicht nur bei den Lohnkosten, sondern auch bei den Fahrzeugen. Dies auch dann noch, wenn sie laut Straßenverkehrsordnung gar nicht mehr fahren dürften, etwa mit abgefahrenen Reifen.

Wir haben bereits die ersten entsprechenden Streitfälle vor das Arbeitsgericht gebracht. Der Richter hat die Nachzahlung der Lohngehältern angeordnet. Dazu zählen auch nicht bezahlte Überstunden, Außendienstleistungen und Kassazulagen. Nachgezahlt werden müssen auch die Sozialversicherungsbeiträge, was für die zukünftige Rente wich-

tig ist. Wenn die Einzelunternehmer als Arbeitgeber zahlungsunfähig oder sogar verschuldet sind, wird nach dem Prinzip der solidarischen Haftung auf den Auftraggeber zurückgegriffen, also auf die großen Versand- und Logistikunternehmen. Diese haben aber bereits Berufung gegen die in erster Instanz gefällten Urteile des Arbeitsrichters eingelegt.

Jenen Arbeitnehmern, die von dieser Problematik betroffen sind, legen wir nahe, sich an unsere Gewerkschaft zu wenden, um die Lohnstreifen auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren. Uns sind auch bereits Fälle bekannt, in denen die Ausfahrer in Arbeitsgenossenschaften organisiert werden, wo sie rechtlich Arbeitnehmer und Unternehmer gleichzeitig sind, und folglich sogar selbst mithaften.

Hilde Stecher
SGBC/ISL Meran

ÖFFNUNG AN SONN- UND FEIERTAGEN

Ausnahme darf nicht zur Regel werden

Einkaufen an Sonn- und Feiertagen muss nicht sein. Dabei dehnen sich die Öffnungszeiten der Geschäfte immer mehr aus; auch zum Nachteil der Beschäftigten. Die Gewerkschaften treten deshalb für eine klare Regelung ein, welche die Öffnung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen zu dem macht, was sie bleiben soll: eine Ausnahme.

Die Südtiroler Handelsordnung aus dem Jahr 2000 hat zu einer deutlichen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten geführt. Obwohl grundsätzlich an der Schließung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen festgehalten worden ist, enthält das Gesetz eine Reihe von Ausnahmen. Zudem fällt es in die Zuständigkeit der einzelnen Gemeinden, zusätzliche Abweichungen von der Sonn- und Feiertagsschließung festzulegen. Von dieser Zuständigkeit machen die Gemeinden auch häufig Gebrauch. Die Folge ist, dass die Ausnahme – die Öffnung an Sonn- und Feiertagen – mittlerweile zur Regel zu werden droht.

Diese zunehmende Flexibilisierung bei den Öffnungszeiten der Geschäfte verschlechtert die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Handel. Sie bedeutet weniger Zeit für die Familie, für Freunde und Hobbys. Verlängerte und flexible Arbeitszeiten erschweren vor allem den Frauen, die ja einen Großteil der Angestellten im Einzelhandel stellen, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit.

Flexiblere, längere, und zerstückelte Arbeitszeiten sind nicht nur für die Beschäftigten schlecht, sie machen diesen Wirtschaftszweig insgesamt für Arbeitskräfte immer unattraktiver. So schwindet die Zahl der Lehrlinge und Lehrmädchen seit Jahren.

Auch die Zahl der Umsteiger ist hoch. Eine Umfrage hat ergeben, dass fast die Hälfte der Verkäuferinnen nach Abschluss der Lehre den Beruf gewechselt hat.

Derzeit wird in Südtirol eine Neuregelung der Öffnungszeiten diskutiert. Am 25. Oktober sind die Gewerkschaften von der 3. Gesetzgebungskommission des Landtags angehört worden. Für die Gewerkschaften steht dabei natürlich der Schutz der Beschäftigten im Vordergrund. Dazu gehört auch die weitgehende Einhaltung der Sonntagsruhe. Deshalb darf die Öffnung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen nicht schleichend zum Regelfall werden, sondern muss auch tatsächlich eine Ausnahme bleiben. Dafür fordern die Gewerkschaften eine klare Regelung, die vorsieht, dass eine Geschäftsöffnung nur während der Weihnachtszeit und an einigen wenigen Sonntagen im Jahresverlauf zulässig ist.

Grundsätzlich sprechen sich die Gewerkschaften dafür aus, dass die Regelung der Ladenöffnungszeiten verbindlich und klar mit den Interessensverbänden vereinbart wird. Nur so können Lösungen gefunden werden, die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz haben, und die ökonomisch sinnvoll und zugleich sozialverträglich sind.



Bereits im Jahr 2005 haben sieben Organisationen, darunter der SGB/CISL, für den arbeitsfreien Sonntag mobil gemacht.

”

Die Augenblicke, in denen wir innehalten, sind kostbar.

Voltaire

”

ÖFFENTLICHER DIENST, BÜKV

Wenig, aber das Bestmögliche erreicht

Im November haben die Vertragspartner den wirtschaftlichen Teil für 2009 und 2010 des Bereichsübergreifenden Kollektivvertrags BÜKV unterzeichnet.

Eckpunkte

Für das Biennium 2009/2010 sind folgende Gehaltserhöhungen vereinbart worden, die auf Grundgehalt und Sonderergänzungszulage berechnet werden:

- 0,6% ab 1. Juli 2009
- 0,75% ab 1. April 2010

Wirkungsbereich

Der Vertrag betrifft die Beschäftigten des Landes, des Gesundheitswesens, der Gemeinden, der Altenheime, der Bezirksgemeinschaften, des Wohnbauinstituts, der Kurverwaltungen Meran bzw. Bozen. Dies sind insgesamt rund 35.000 Beschäftigte.

Bewertung

Die Lohnerhöhungen sind gering ausgefallen, daran gibt es nichts zu rütteln. Mehr ist unserer Ansicht

nach aber in der derzeitigen Situation – angesichts der Rahmensituation und des Sparzwangs – nicht zu erreichen gewesen. Deshalb haben wir uns entschieden, den Vertrag zu unterzeichnen. Mehr als den Inflationsausgleich für 2009 (0,6% laut ASTAT) hat uns das Land nicht geboten. Die 0,75% für 2010 entsprechen der Hälfte der programmierten Inflation, mehr darf es laut staatlichen Vorgaben nicht geben.

Das Land hat weiters unsere Forderung abgelehnt, den unteren Funktionsebenen die Sonderergänzungszulage zu erhöhen. Abgelehnt wurde auch unsere Forderung, den Arbeitgeberbeitrag zugunsten der Mitglieder von Zusatzrentenfonds um 1% aufzustocken. Immerhin ist die so genannte Karriereentwicklung – sprich Klassen und Vor-

rückungen – garantiert worden. Im Haushaltsgesetz sind Gelder vorgesehen, die wir für den zukünftigen ergänzenden Gesundheitsfonds zweckbinden möchten. Dieser Fonds soll zusätzliche Leistungen im Bereich Vorbeugung und Reha bieten. Dieser Punkt wird im normativen Teil geregelt werden.



Günther Patscheider

Günther Patscheider
Landessekretär der Fachgewerkschaft Öffentliche Dienste

ARBEITSLOSENGELD

Rekurs angenommen!

Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes mit verringerten Voraussetzungen muss der Gesamtlohn herangezogen werden und nicht nur der Mindestlohn.

Die Problematik war ins Rollen gekommen, als sich ein Arbeitnehmer an Erich Holzner vom SGBCISL-Patronat INAS in Meran gewandt hatte, weil das Arbeitslosengeld um rund 1.000 Euro geringer ausgefallen war als im Jahr zuvor, und dies, obwohl er dieselbe Arbeitszeit geleistet und denselben Lohn bezogen hatte.

Das Patronat von Meran hat schließlich in diesem und weiteren analogen Fällen beim INPS-Landeskomitee rekuriert – und Recht bekommen. Nachdem auch das

INPS Rom grünes Licht gegeben hat, werden die Restbeträge den Arbeitnehmern nun ausbezahlt.

Das INPS hatte infolge einer Neueurung bei der Datenübermittlung die Berechnung sehr restriktiv ausgelegt und nur mehr den Mindestlohn berücksichtigt. Mit der geringeren Berechnungsgrundlage sank folglich auch die Arbeitslosenunterstützung. Für das Patronat in Meran aber hätte der Gesamtlohn, also alle den Sozialabgaben unterworfenen Lohn-elemente, bei der Berechnung berücksichtigt werden müssen. Dieser

Interpretation schloss sich schließlich auch das für Rekurse zuständige Landeskomitee des INPS an.

Wer Zweifel zur korrekten Berechnung seines Arbeitslosengeldes hat, kann sich an das Patronat wenden. Mitzubringen sind die Lohnstreifen des Jahres 2010.



Demokratie auf der Verliererspur

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz hat die Regierung Berlusconi nun doch das Handtuch geworfen. Ich füge hinzu, werfen müssen. Nicht die Opposition, nicht die Wutbürger, nicht die Gewerkschaften, kein Generalstreik haben dem langjährigen Strahlemann politisch das Genick gebrochen. Nein, es waren die Finanzmärkte, die Silvio Berlusconi zum Aufgeben zwangen. Nicht die Politik bestimmt letztlich das Geschehen in Italien. Die internationalen Finanzmärkte sagen, wo's lang zu gehen hat.

Was und vor allem wer steckt hinter den Finanzmächten? Bildhaft ausgedrückt: Finanzmärkte sind große Kapitalsammelstellen, bei denen Hunderte Millionen Kleinsparer weltweit ihr Geld angelegt haben. Verwaltet werden die Sammelstellen von Großbanken, Versicherungen, von Fonds. Sie entscheiden, welchen Staaten sie Geld leihen und zu welchen Bedingungen. Die schlechtesten Karten in diesem Pokerspiel haben hoch verschuldete Staaten. Zum Beispiel Italien, Griechenland, Portugal.

Vor dem soeben skizzierten Hintergrund gewinnen für die Bürger zwei Fragen zunehmend an Bedeutung. Erste Frage. In welchem Zustand befindet sich eine Demokratie, wenn sie in einem besorgniserregenden Ausmaß den Launen von Anlegern und Spekulanten ausgeliefert ist und jetzt auch noch das Szepter des politischen Gestaltens Ökonomen überlässt? Zweite Frage. Was befähigt die Zunft der Ökonomen so zu tun, als besäßen sie jetzt, in der verfahrenen Situation als einzige den sprichwörtlichen Stein der Weisen?

Dazu folgende, wie mir scheint, aufschlussreiche Geschichte. Einige Monate nach Ausbruch der großen Finanzkrise im September 2008 besuchte Königin Elisabeth II. die London School of Economics, die Denkfabrik britischer Wirtschaftswissenschaften schlechthin. Die Königin stellte der versammelten Elite ökonomischer Vernunft die ebenso banale wie einleuchtende Frage: „Warum hat eigentlich niemand von euch diese Krise vorausgesehen?“ Königliche Zweifel an den überschätzten Möglichkeiten ökonomischen Verstehens und Wissens.

Weder die Ökonomen noch andere Zweige der Wissenschaften haben das mittlerweile eingetretene Desaster in Finanz und Wirtschaft vorausgesehen. Weit schlimmer, Teile der Ökonomie haben durch Fehlprognosen, durch Anheizen von Gier und Maßlosigkeit das Schlammfeld mitverursacht. Jetzt so zu tun, als hätten nur Fachleute aus dem Bereich Wirtschaftswissenschaften den Schlüssel zum Ausstieg aus der Krise in der Hand, ist - gelinde gesagt - Unfug.

Bezogen auf Italien: Nichts gegen Ministerpräsident Mario Monti und sein ehrenwerten Kabinett aus Technikern. Nach der fast zwanzigjährigen Regierungszeit von Polit-Clown Silvio Berlusconi allemal die bessere Wahl. Keine Frage. Dennoch: Um eine Sternstunde der Demokratie handelt es sich nicht. Gibt es im Staat Italien nicht mehr genügend überzeugte Demokraten, so dass man Zuflucht bei den Ökonomen nehmen muss?

Sepp Stricker

LABORFONDS-WAHLEN

Mitentscheiden!

Die Mitglieder des Zusatzrentenfonds Laborfonds sind vom 13. bis 24. Februar aufgerufen, ihre Vertretung in der Delegiertenversammlung zu erneuern. Der SGBCISL tritt mit einer eigenen Liste an. Wir ersuchen die Wahlberechtigten, die KandidatInnen des SGBCISL zu unterstützen. Weitere Informationen werden folgen.

FRAUENKALENDER

In rot

Feurig rot ist die nunmehr 19. Ausgabe des beliebten Kalenders mit frauenspezifischen Themen, Erfahrungsberichten, Infos und Tipps. Herausgegeben wird die 304 Seiten starke, inhaltlich breit gefächerte und doch handliche Publikation von der Arbeitsgruppe Alchemilla. Der Frauenkalender 2012 liegt auch in unseren Büros kostenlos zum Mitnehmen auf.



MERAN/VINSCHGAU

Zusätzliche Mitarbeiterin in Mals

Wenn der SGBC/SL heute in Südtirol der größte Gewerkschaftsbund ist, dann ist das auch zu einem guten Teil der Weitsicht der Entscheidungsträger zu verdanken, die in den 80er Jahren auf die Aufwertung der Peripherie gesetzt haben. So haben Rosmarie Stocker und Günther Patscheider damals von Meran aus begonnen, eine Außenstelle in Mals aufzubauen. Als diese dann immer mehr Zuspruch fand, konnte mit Irmgard Prieth für das Malser Büro eine fähige Mitarbeiterin gefunden werden, die nun bereits seit vielen Jahren die Interessen der Arbeitnehmer in arbeitsrechtlichen und sozialen Belangen vertritt.

Heute müssen wir uns für neue Herausforderungen rüsten. Das heißt auch, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Nun ist es uns endlich gelungen, eine angemessene Internetverbindung zu erhalten, die es uns ermöglicht, Daten an die zentralen Rechnern des Landes und des INPS zu übermitteln. Dies ist wichtig, da viele Gesuche nur mehr online gestellt werden können. Auch personell müssen wir uns in Mals für die immer komplexer werdenden Anforderungen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht rüsten. Mit einer zweiten Mitarbeiterin wird es möglich sein, sich auch in Teilbereichen zu spezialisieren.

Wir sind überzeugt, mit Erika del Pero eine fähige und motivierte Mitarbeiterin gefunden zu haben, welche zusammen mit dem übrigen Team auch in Zukunft gewährleistet, dass unsere Mitglieder im

Obervinschgau einen kompetenten Dienst vorfinden und verlässlich betreut werden.

Walter Gasser
Bezirkssekretär

INTERVIEW

Mitglieder gezielter betreuen

Erika, wie lange bist du nun schon im Dienst?

Ich habe meinen Dienst im November dieses Jahres angetreten. In den vergangenen drei Jahren war ich jeweils befristet für den Steuerdienst in Mals tätig. Jetzt arbeite ich mich zusätzlich in das Arbeits- und Sozialrecht ein.



Erika del Pero

Was gefällt dir an dieser Tätigkeit?

Mir gefällt, dass es sich um eine sehr abwechslungsreiche Tätigkeit handelt, welche Tag für Tag neue interessante Aufgaben für mich bereithält. Für mich zählt auch der enge Kontakt zu den Menschen, denen wir helfen dürfen und die wir in verschiedenen Anliegen des Alltags unterstützen können.

Welche sind deine Ziele?

Ich habe festgestellt, dass der persönliche Kontakt zu den Mitgliedern in der Außenstelle Mals dank des Einsatzes von Irmgard Prieth einen sehr hohen Stellenwert hat. Diesen gilt es zu halten und auszubauen. Im Allgemeinen möchte ich dazu beitragen, dass die Wartezeiten verkürzt und noch mehr Mitglieder gezielt betreut werden können. Auf die Betreuungstätigkeit und die vielfältigen Dienste müssen wir stärker aufmerksam machen. Viele wissen gar nicht, dass der SGBC/SL in Mals nicht nur eine Anlaufstelle für Arbeitsrecht sind, sondern dass wir beispielsweise auch sämtliche Anträge auf Familiengeld oder die EEVE-Erklärung für sie abfassen.

Betriebsbesichtigung

Mitte September haben die Mitarbeiter des Bezirksbüros in Meran den interessanten und weitem bekannten Betrieb „Lasa Marmo“ besichtigt. Der Laaser Marmorbetrieb konnte kürzlich einen Großauftrag im Zuge des Wiederaufbaus von „Ground Zero“ in New York an Land ziehen. Den Mitarbeitern bot sich die Gelegenheit, den fast schon historischen Maschinenraum der Schrägseilbahn zu besichtigen und die einzelnen Schritte der Mar-

morverarbeitung kennen zu lernen. Die Betriebsbesichtigung wurde zudem genutzt, um mit dem Generalsekretär Michele Buonerba aktuelle Themen und Fragen zu erörtern.

Walter Gasser



EISACK/RIENZ

„Arbeit muss gesund und geistig fit halten“

Die Delegiertentagung des Bezirks Eisack/Rienz stand heuer im Zeichen des demografischen Wandels und der daraus erwachsenden Herausforderungen für Gesellschaft und Gewerkschaft. „Länger arbeiten zu müssen wird notwendig sein, und gerade deshalb müssen wir auch verstärkt auf bessere Arbeitsbedingungen achten“, so das Fazit des Referenten Werner Pramstrahler.

Die Altersstruktur verändert sich. Auch in Südtirol steigt das durchschnittliche Alter der Bevölkerung. Immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger jüngeren Menschen gegenüber. Der Politologe und Arbeitsforscher des Arbeitsförderungsinstituts AFI in Bozen zeigte auf, wie dieser demografische Wandel die Gesellschaft und die Arbeitswelt tief greifend verändern wird:

- Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Nicht-Erwerbstätige und vor allem ältere MitbürgerInnen aufkommen.
- Der Arbeitskräftenachwuchs nimmt ab, es kommt zu einer Konkurrenz um Fachkräfte.
- Vor allem personalintensive Branchen stehen vor dem Problem, ausreichend Arbeitskräfte zu finden.
- Die Belegschaften altern, die Erwerbstätigenquote der älteren Beschäftigten steigt.

„Damit Südtirol in Zukunft keinen gravierenden Mangel an Fachkräften bekommt, ist es notwendig, auf den demografischen Wandel angemessen zu reagieren“, so Pramstrahler. Potential an Arbeitskräften sollte bestmöglich genutzt werden. Gerade Frauen können angesichts der zunehmenden Wichtigkeit von Branchen wie dem Handel und des Tourismus in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Notwendig sei vor allem, eine altersgerechte Arbeitswelt für ältere Beschäftigte zu ge-



Die alljährliche Veranstaltung fand heuer am 5. Dezember wieder in Reischach statt und lockte zahlreiche Delegierte an.

stalten, die ja länger im Berufsleben verbleiben sollen und müssen. Für jüngere Beschäftigte lautet die Priorität, Jobs und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es erlauben, möglichst lange, gesund, kreativ und mit Freude im Berufsleben verbleiben können.

Die Chance und die Pflicht, bis zum zweifellos steigenden Pensionsantrittsalter beruflich aktiv zu sein, hängen sehr stark von den Arbeitsbelastungen, und somit entscheidend von der Art der beruflichen Tätigkeit ab. Sicherheit und Gesundheitsschutz sowie eine hohe Arbeitsqualität seien ein Muss. Beschäftigten sollten, so weit möglich, jene Tätigkeiten erspart werden, bei denen sie auf Dauer körperlichen oder geistigen Fehlbeanspruchungen ausgesetzt sind. Die Arbeitsbedingungen sind so zu gestalten, dass sowohl vielfältig wechselnde Körperhaltungen und -bewegungen als auch vielfältig wechselnde geistige Anforderungen zur Bewältigung der Arbeitsaufgabe eingesetzt werden können.

Für Jüngere entwickelt eine solchermaßen gestaltete Arbeit eine prä-

ventive Wirkung auf den Erhalt der Leistungsfähigkeit, bei Älteren ist es hingegen eine Maßnahme im Sinne einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit. Gute Arbeitsbedingungen und eine dem jeweiligen Alter angemessene Arbeitsgestaltung sind nicht nur ein Beitrag zu einer menschengerechten Arbeit, sondern auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Viele positive Beispiele aus den nordischen Ländern würden dies belegen, so Pramstrahler. Und: „Beteiligung und Mitsprache im Betrieb und in der Organisation halten gesund“.

Den Ausführungen folgte eine angeregte Diskussion. So wurde die Sorge ausgedrückt, dass die ständige Anhebung des Rentenalters für bestimmte Berufsgruppen untragbar sei, oder dass es angesichts der zunehmenden Prekariisierung immer schwieriger werden würde, die notwendigen Rentenjahre zusammen zu bekommen. Positiv aufgenommen wurde das Modell der Altersteilzeit, wonach der abrupte Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit in die Rente durch eine gleitende Lösung vermieden wird. Auch tagesaktuelle Themen, vor allem die Polemik um die geplanten neuen Rentenbestimmungen und Sparpläne der Regierung Monti, kamen zur Sprache.

„Beschäftigte, Betriebe, Politik und Gewerkschaften müssen ein gemeinsames Interesse entwickeln, ArbeitnehmerInnen kreativ und leistungsfähig zu erhalten“.

Werner Pramstrahler



MITARBEITERSCHULUNG

Die eigene Organisation besser kennen gelernt

Am 20. und 21. Oktober 2011 hat in Ratschings bei Sterzing ein Seminar für alle Mitarbeiter des SGB-CISL aus ganz Südtirol stattgefunden. Schwerpunkt dieser eineinhalb Kurstage war die Rolle des Einzelnen in einer sozialen Organisation.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen eröffneten die Landessekretäre Erich Sparer und Michele Buonerba den Nachmittag. Der Referent Klaus Reider führte uns in den Aufbau von Organisationen ein. Es ging in seinem Referat auch darum, was eine Organisation ausmacht und wie jeder Mitarbeiter darin mitwirken kann. Weiteres hat Reider die Gewerkschaft als Organisation erläutert. Dies wurde am Vormittag des darauf folgenden Seminartags mit „Zeitzeugen“ des SGBCISL und deren Erfahrungen vertieft.

Alle anwesenden Mitarbeiter haben in Gruppenarbeiten ihre Erwartungen an die Organisation, aber auch Kritik und Anregungen ausgearbeitet und diese frei vorgebracht, um zur Verbesserung der Zusammenarbeit im SGBCISL beizutragen.

Am Nachmittag ist Giorgio Santini, stellvertretender Generalsekretär



der CISL in Rom, auf die gewerkschaftliche und politische Situation eingegangen. Er hat die Werte und Besonderheiten der CISL erläutert und erzählt, was ihn dazu bewogen hat, genau diesem Gewerkschaftsbund beizutreten. Zum Abschluss wurden noch offene Fragen der Seminarteilnehmer besprochen.

Mir hat das Seminar sehr viel bedeutet und gebracht. Einerseits habe ich tiefere Einblicke in die

Struktur des SGBCISL bekommen, persönliche Erfahrungen und Überzeugungen meiner Kollegen kennengelernt. Andererseits konnte ich mit mehreren MitarbeiterInnen – einige hab ich zum ersten Mal gesehen – Informationen austauschen und die Kontakte zwischen den Büros aller Bezirke verstärken.

Julia Teutsch
SGBCISL Brixen

BOZEN/UNTERLAND

Neuer Mitarbeiter



Federico Bergamo

Mein Name ist Federico Bergamo, ich bin der neue Mitarbeiter des Bezirks Bozen/Unterland. Ich wohne in Bozen und studiere Wirtschaftswissenschaften an der Universität Trient. Derzeit arbeite ich mich in alle Dienste ein, die der SGBCISL seinen Mitgliedern bietet.

Ich freue mich auf meine neue Aufgabe und hoffe, dass mir meine Motivation und meine Lernbereitschaft helfen, die beruflichen Herausforderungen zu meistern, die auf mich warten.

Danke Guido, grazie!

Guido Chistè, Angestellter der Stahlwerke Valbruna und seit je her Gewerkschaftsvertreter im Betrieb, war seit 2006 in gewerkschaftlichem Wartestand und hat in dieser Zeit das Streitfallbüro des SGBCISL in Bozen betreut. Im Oktober 2011 hat Guido die Voraussetzungen für den Rentenantritt erreicht.

Guido hat sich beharrlich für die Anliegen der Arbeitnehmer eingesetzt und war auch gegenüber seinen Arbeitskollegen stets hilfsbereit.

Lieber Guido, deine gewinnende Art und deine gute Laune werden uns fehlen. Danke für alles, wir hoffen, dass du uns besuchen kommst.



Guido Chistè

Deine Kollegen des Bezirks

Weitere Verschärfung der Rentenbestimmungen

Die italienische Regierung hat seit dem Sommer mit mehreren Gesetzen verschiedene Rentenbestimmungen geändert. Manche dieser Bestimmungen haben bereits heuer Gültigkeit erlangt, während sich andere erst in einigen Jahren auswirken werden und daher auch erneut abgeändert werden können. Dies wird nun im Zuge der Verabschiedung des Sparpaketes der Regierung Monti der Fall sein.

Die Regierung Berlusconi hatte seit dem Sommer einige Rentenbestimmungen abgeändert. So ist der Rentenbeginn für alle jene, welche 40 Versicherungsjahre aufscheinen haben, weiter nach hinten verschoben worden. Zudem ist ab 2012 das Rentenfenster auch für die Lehrer der staatlichen Schulen eingeführt worden. Eine zusätzliche Änderung betrifft die automatische Angleichung des gesetzlichen Rentenalters an die Lebenserwartung. Weiters wird das Rentenalter für Frauen schrittweise von 60 auf 65 Jahre angehoben. Zudem ist das gesetzliche Rentenalter ab 2026 auf 67 Jahre erhöht worden.

Diese Bestimmungen werden wohl zu einem wesentlichen Teil abgeändert werden. Die neue Regierung Monti hat bereits mit dem Gesetzesdekret Nr. 201 vom 06.12.2011 eine weitere Verschärfung der Rentenbestimmungen vorgesehen. Diese müssen aber noch bestätigt werden.

Zuerst die „gute“ Nachricht: Alle jene Personen, die noch innerhalb 31.12.2011 das vorgesehene Beitrags- und Rentenalter erreichen, sind von der neuen Regelung nicht betroffen, auch dann nicht, wenn sie noch ihr „Renteneinstiegsfenster“ im Jahr 2012 oder 2013 abwarten müssen. Das Anrecht auf Rente können sie sich auch vom jeweiligen Versicherungsträger bescheinigen lassen.

Die geltenden „alten“ Bestimmungen werden auch weiterhin angewandt für die Arbeiterinnen, die sich für das beitragsbezogene Berechnungssystem entscheiden sowie für weitere 50.000 Fälle (z.B. Bezieher von Mobilitätsgeld).

Die wichtigsten geplanten Änderungen

Anwendung des beitragsbezogenen Berechnungssystems ab 1.1.2012 für alle, d. h. auch für Versicherte, die zum 31.12.95 die 18 Beitragsjahre bereits erreicht haben. Dieses Berechnungssystem wird nicht rückwirkend angewandt, sondern gilt nur für die Beitragsjahre ab 1.1.2012.

Die sogenannten Renteneinstiegsfenster werden abgeschafft.

Das Pensionsalter wird ab 1.1.2012 stufenweise angehoben.

Ab 2013 wird das Rentenalter auch der berechneten Lebenserwartung angepasst.

Frauen im öffentlichen Dienst und Männer im Privatsektor können ab 1.1.2012 erst mit 66 Jahren in Rente gehen.

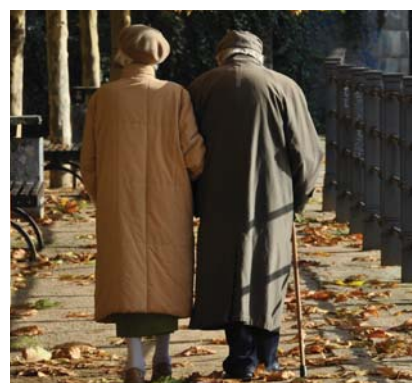
Mit dem oben genannten Mindestalter für die Altersrente muss auch eine Mindestbeitragszeit von 20 Jahren erreicht werden.

Das Rentenalter von 67 Jahren für Männer und Frauen wird bereits ab 2021 gelten.

„Frühpension“ (ehemalige Dienstaltersrente): Für alle Versicherten, die ab 1.1.2012 die notwendigen Beitragsvoraussetzungen unabhängig vom Rentenalter erreichen gibt es nun die „Frührente“, die die Dienstaltersrente ersetzt. Die Voraussetzungen dafür sind 42 Jahre und ein Monat ab 1.1.2012, 42 Jahre und zwei Monate ab 1.1.2013 und 42 und drei Monate ab 1.1.2014. Für Frauen ist jeweils ein Jahr weniger vorgesehen.

Ab 2013 werden die Voraussetzungen der berechneten Lebenserwartung angepasst.

Die Berechnung der neuen Rente sieht weiters einen Abzug von 2%



pro Jahr vor, wenn man diese vor dem 62. Lebensjahr beantragt. Der Abzug betrifft die Rentenjahre, die vor dem 1.1.2012 erreicht wurden. Renten Anpassung blockiert: Für den Zweijahreszeitraum 2012 bis 2013 werden Renten, die den Betrag von 936€ überschreiten, nicht mehr automatisch der Inflation angepasst bzw. erhöht.

Achtung

Bei Redaktionsschluss standen diese geplanten, neuen Maßnahmen der Regierung Monti im Rentenbereich noch nicht definitiv fest. Vor allem die Gewerkschaften setzen sich für eine Abmilderung der Bestimmungen ein.

FÄLLIGKEITEN

Wer das Familiengeld der Region bezieht, muss den Antrag auf Verlängerung für das Jahr 2012 bis spätestens 31. Dezember 2011 stellen, sonst wird die Auszahlung unterbrochen. Die laufenden Anträge auf das Familiengeld des Landes (100 Euro monatlich) müssen hingegen nicht mehr erneuert werden, da die Anträge für den gesamten Bezugszeitraum gelten.

GEWERKSCHAFTSVERTRETUNG

Fair geht vor!

Vier gleichberechtigte Gewerkschaftsbünde, die in allen Vertragsbereichen aufgrund ihrer tatsächlichen Mitgliederstärke mitreden und mitentscheiden: dies ist das Ziel des SGBCISL.

Da dieses Ziel der Gleichberechtigung weder einvernehmlich noch auf politischer Ebene erreicht werden konnte, hat der SGBCISL den Rechtsweg beschreiten müssen, um seine Interessen und vor allem jene seiner deutsch- und ladinischsprachigen Mitglieder zu wahren. Dies vor allem aus zwei wesentlichen Gründen:

- 1.) Es ist heute in Südtirol nicht mehr zeitgemäß, dass eine Gewerkschaft das ausschließliche Recht („Exklusivrecht“) der Vertretung von Sprachminderheiten beansprucht.
- 2.) Es ist nicht fair, dass eine Gewerkschaft, nur weil sie vorgibt, ausschließlich Mitglieder einer bestimmten Sprachgrup-

pe zu vertreten, ungeachtet ihrer Mitgliederstärke immer und überall gleich viel Rechte beanspruchen kann wie eine andere Gewerkschaft, die vielleicht sogar mehr Mitglieder ebendieser Sprachgruppe vertritt.

Ein im November gefälltes Urteil des Staatsrates eröffnet den Gewerkschaften in Südtirol nun die Chance, eine neue Phase der Zusammenarbeit auf Augenhöhe einzuläuten. Es zwingt die Landespolitik zu handeln, und die Gleichstellung des ASGB so zu verankern, dass sie auch Gleichstellung bleibt und keinen Spielraum zu Bevorzugung gibt.

Noch besser wäre es, wenn sich die vier Gewerkschaften untereinander einigen könnten, wie sie ihre Mitgliederstärke messen und wie dieser Vertretungsanspruch an den Verhandlungstischen zum Tragen kommt. Der SGBCISL hält die Tür für ein solches Abkommen, im Interesse aller, stets offen.

Das Landessekretariat des SGBCISL



Wir wünschen Euch und euren Lieben schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

”

**Trenne dich nie von deinen Illusionen und Träumen.
Wenn sie verschwunden sind, wirst du weiter existieren,
aber aufgehört haben zu leben.**

Mark Twain

”

REISEN BILDET

Einige Angebote für das kommende Jahr

Nachfolgend einige Angebote und Vorschläge für das neue Jahr 2012. Diese sind dem Jahresprogramm entnommen, das in allen ETSI-Büros erhältlich und auch im Internet abrufbar ist.



Ischia

Thermalaufenthalt

Verschiedene Termine ab Jänner 2012

Zweiwöchige Aufenthalte im Grand Hotel Terme di Augusto 5* oder im Hotel Terme Villa Svizzera 4* in Lacco Ameno. Es sind auch individuell buchbare Aufenthalte möglich. In diesem Fall ist Verona Abfahrtsort. Der Aufenthalt der ETSI-Gruppe im Grand Hotel Terme di Augusto 5* ist vom 4. bis 18. März angesetzt. Fahrt im Reisebus



Teneriffa

Winter im Warmen

Verschiedene Termine ab Jänner 2012

Dreiwöchiger Aufenthalt vom 9. bis 30. Jänner im Club Jacaranda 4* in Costa Adeje. Für die zweiwöchigen Aufenthalte werden verschiedene Reisettermine angeboten: zwei im Februar und zwei im März. Flugreise ab Bergamo

Weiters im Programm...

Kroatien-Rundreise

„Die Perlen von Istrien und Kroatien „, die istrische Küste, Ausflug zum Nationalpark Brijuni-Inseln (Brioni) und Besichtigungen von Parenz, Rovinj und Pula. Vom 21. bis 25. April 2012.

Rundfahrt im westlichen Sizilien

Interessante Rundfahrt und Besichtigung von Palermo, Monreale, Mazara del Vallo, Segesta, Trapani, Erice, Sciacca; vom 4. bis 10. Mai 2012. Mit Bus und Schiff.

Sardinien-Rundfahrt

Die Traditionen eines bezaubernden Landes: die Landschaften Barbagia und Gallura, die Costa Smeralda, die ortstypischen Nuraghe-Turmbauten, San Teodoro; vom 19. bis 27. Mai 2012. Mit Bus und Schiff.

Schließlich teilen wir noch mit, dass das Rahmenprogramm des ETSI für 2012 am 16. Dezember vorgestellt wird.

“

**Die Freude ist überall.
Es gilt nur, sie zu entdecken.**

Konfuzius

”



Info + Anmeldung
 ETSI Kultur- und Freizeitverein
 Siemensstraße 23, Bozen
 Tel. 0471 568 475
 etsi@sgbcisl.it

Solidarität für...

Die Opfer der Unwetter in Ligurien

Wer im Fernsehen die dramatischen Bilder der Schlamm- und Wassermassen gesehen hat, die durch Monterosso oder Genua geschossen sind und eine Spur der Verwüstung hinterlassen haben, wird sie wohl so bald nicht vergessen. Die Erdbeben und Überschwemmungen haben zahlreiche Todesopfer gefordert und riesige Schäden verursacht.

In den betroffenen Gebieten ist nun der Wiederaufbau im Gange. Wir rufen unsere Leser auf, die von der Katastrophe heimgesuchte Bevölkerung zu unterstützen. Möglich ist dies auch über einen Beitrag, der auf ein Spendenkonto überwiesen werden kann, das bei der Banca Cariage in Genua eingerichtet ist und auf die Unwetteropfer von Genau lautet „CGIL CISL UIL pro alluvionati Genova 2011“; Kontonummer IBAN IT59Z0617501400000006927380.

Vor allem ist die Politik gefordert. Es geht jetzt neben der raschen Hilfe für die Opfer, dem Wiederaufbau und der Ankurbelung der Wirtschaft auch darum, die Erdbeben- und Überschwemmungsgefahr durch Investitionen in gezielte Sicherungs- und Vorbeugungsmaßnahmen zu reduzieren, damit sich solche Katastrophen nicht mehr wiederholen.

“

**Damit das Mögliche entsteht,
muss immer wieder das Unmögliche
versucht werden.**

Hermann Hesse

”



Hauptsitz

Bozen

Siemensstraße 23
Tel. 0471 568400
info@sgbcisl.it

Bezirke

Bozen

Palermostraße 79/B
Tel. 0471 204 602

Cl.-Augusta-Str. 133
Tel. 0471 400123

Leifers

Weissensteiner Straße 1
Tel. 0471 952 692

Neumarkt

Franz-Bonatti-Platz 4
Tel. 0471 812 139

Brixen

Großer Graben 7
Tel. 0472 836 151
brixen@sgbcisl.it

Bruneck

Stegener Straße 8
Tel. 0474 375 200
bruneck@sgbcisl.it

Sterzing

Neustadt 26
Tel. 0472 766 640

Meran

Meinhardstraße 2
Tel. 0473 230 242
info.me@sgbcisl.it

Mals

General-Verdross-Str. 45
Tel. 0473 831 418

www.sgbcisl.it